

VERBINDLICHE GESETZE GEGEN RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG!

Pressemitteilung von Romeo Franz (MdEP, GREENS/EFA) anlässlich der 2. Antirassismus-Woche vom 20.03 bis zum 22.03 im Europäischen Parlament

Die Antirassismus-Woche im Europäischen Parlament ist eine der wichtigsten Möglichkeiten für NGOs und politische Entscheidungsträger*innen sich auf europäischer Ebene über den Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung auszutauschen. Dieses Jahr fand sie mit über hundert Vertreter*innen verschiedenster NGOs, Verbänden und Graswurzelbewegungen statt, die aus ganz Europa nach Brüssel reisten. Einmal mehr ist deutlich geworden, wie dringend wir neue solide Gesetze und verbindliche Mechanismen auf EU-Ebene brauchen, um dem weit verbreiteten strukturellen Rassismus entgegenzutreten.

„Wir brauchen eine Antirassismus-Strategie, die ihren Namen verdient und allen Formen von Rassismus mit rechtsverbindlichen Instrumenten entgegentritt! Ein erster Schritt könnte die Ernennung eines EU-Kommissars, bzw. einer EU-Kommissarin für Antidiskriminierung sein, daneben braucht es auch einen EU-Beauftragten, bzw. eine EU-Beauftragte gegen Antiziganismus.“

Als erster deutscher Sinto, der ins Europäische Parlament gewählt wurde, habe ich Rassismus und Diskriminierung oft am eigenen Leib gespürt. Menschen mit Romanes-Hintergrund leiden in ganz Europa unter Antiziganismus, der sich in einem unterdurchschnittlichen Zugang zu Wohnraum, Bildung und Gesundheitsversorgung manifestiert. Seit der Einführung des EU Roma Strategic Frameworks hat sich die Situation nicht nennenswert verbessert. Es ist nun an der Zeit für ein verbindliches Gesetz, das auch Sanktionsmechanismen enthält.

„Wenn wir Rassismus und Diskriminierung ernsthaft entgegentreten wollen, brauchen wir ein Gesetz, das Antiziganismus, Rassismus und Diskriminierung deutlich bestraft!“

Baden-Württemberg hat mit seinem Staatsvertrag zwischen dem Landesverband der Sinti und Roma in Baden-Württemberg und der Landesregierung gezeigt, wie eine gleichberechtigte Teilhabe aussehen kann - Bayern, Hessen und Thüringen ziehen bereits nach. Jetzt muss es darum gehen entsprechende Staatsverträge auch in anderen Ländern, auf Bundesebene sowie auf EU-Ebene einzuführen. Ich bin fest davon überzeugt, dass solche Staatsverträge nicht nur für Menschen mit Romanes-Hintergrund sondern auch für andere diskriminierte Gruppe geeignet sind, um eine echte gleichberechtigte Teilhabe zu garantieren.



Romeo Franz

Chair of the Delegation for relations with
Bosnia and Herzegovina and Kosovo
Vice-Chair of the Committee on Culture and
Education

› ASP 8G 173 / (+32) 228 45060
* romeo.franz@europarl.europa.eu